

N i e d e r s c h r i f t der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 07.11.2006

öffentlich

Ort: Stadthaus, Großer Saal

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Hendrik Lange	Die
	Linkspartei. PDS
Herr Erhard Preuk	Die
	Linkspartei. PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES
	FORUM
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Frau Helga Koehn	SKE
Frau Petra Meißner	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr René Trömel	SKE
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Frau Monika Engelhardt	SKE

Es fehlten:

Frau Elisabeth Nagel	Die	Vertretung Frau Ute Haupt
	Linkspartei. PDS	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR	
	HALLE.	
Frau Maike Fischer	SKE	
Frau Julia Faltus	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2006
4. Information durch den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement zur Bewirtschaftung der Schulobjekte sowie Kriterien der Hausmeistereinsätze und deren Aufgabe
Berichtersteller: Zentrales GebäudeManagement (angefragt)
5. Vorlagen
 - 5.1. Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08
- Erste Lesung -
Vorlage: IV/2006/05977
6. Anträge
7. Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. Mitteilung zur Beschlussvorlage zu PPP - Maßnahmen Schulen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Bergner eröffnet die Sitzung, begrüßt Mitglieder, Verwaltung und Gäste
Beschlussfähigkeit: gegeben (vgl. Anwesenheit)

Einladung erfolgte ordnungsgemäß

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Pannicke beantragt für die Elternvertreter der anwesenden Schulen ein Rederecht zum TOP 5.1

Herr Hildebrand beantragt den TOP 9.1 aus dem öffentlichen Teil in den nichtöffentlichen Teil zu verlagern.

Beschluss:

Beschluss zum Rederecht für anwesende Elternvertreter:

Zustimmung: 7 x
Ablehnung: 0 x
Enthaltung: 1 x

Beschluss zur geänderten Tagesordnung

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2006

Herr Dr. Heinrich bittet im TOP 8.1, Punkt 4 – Sonstige Maßnahmen und Festlegungen – die Formulierung „Hinweise zur Verbreitung einer Schülerzeitung mit rechtsradikalem Inhalt“ so zu formulieren, dass das Anliegen der Information und der Aufforderung zur Wachsamkeit an den Schulen zum Ausdruck kommt.

Beschluss:

Zustimmung: 7 x
Ablehnung: 0 x
Enthaltung: 1 x

**zu 4 Information durch den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement zur Bewirtschaftung der Schulobjekte sowie Kriterien der Hausmeistereinsätze und deren Aufgabe
Berichterstatter: Zentrales GebäudeManagement (angefragt)**

Herr Oemisch und Herr Nagel berichten über die Strukturen im Bereich der Schulhausmeister und erläutern Aufgaben und Dienstzeitregelungen der Hausmeister sowie Grundlagen der Bewirtschaftung der Objekte und der Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der Schulen.

In der Diskussion wurden u.a. Abstimmungsprobleme zwischen Schulleitung und Hausmeistern bezüglich der Urlaubsgewährung angesprochen.
Der Bildungsausschuss forderte das ZGM auf, eine Festlegung zu erlassen, die sichert, dass der Schulleiter über Urlaubszeiten des Hausmeisters informiert ist.

Vgl. Anlage: Zuordnung der Hausmeister zu den Schulobjekten, DV zur Regelung der Arbeitszeit; DA für Hausmeister und Hausmeisterinnen

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2007/08 - Erste Lesung - Vorlage: IV/2006/05977

Herr Dr. Marquardt umreist kurz den Aufbau und den Inhalt der Beschlussvorlage und bittet die Ausschussmitglieder um Kenntnisnahme und Diskussion der Vorlage.

Frau Dr. Bergner verweist darauf, dass es sich um eine erste Lesung handelt und heute keine Entscheidung herbei zu führen ist.
Sie bittet die Elternvertreter beteiligter Schulen um ihre Statements.

Frau Böhme, Elternvertreterin der Sekundarschule Wittekind gibt die Position der Eltern- und Schülerschaft der Sekundarschule Wittekind wieder und verweist darauf, dass alle Ausschussmitglieder die Stellungnahme per Mail erhalten haben.
(vgl. Anlage: Stellungnahme der Elternschaft der Sekundarschule Wittekind)

Frau Gosch, Elternvertreterin der Sekundarschulen Weidenplan, sieht die Schulform Sekundarschule vernachlässigt.
Kinder fühlen sich oft allein gelassen, vernachlässigt von Eltern und Gesellschaft.
Welchen Eindruck sollen diese Kinder von dieser Gesellschaft gewinnen, wenn sie aus einer sanierten Schule in ein unsaniertes Schulobjekt wechseln sollen.
Sie bestätigt den Fakt eines zu kleinen Schulhofes verweist aber gleichzeitig auf das, für Sekundarschulzwecke sanierte Schulgebäude und die in der Nähe befindliche Sportanlage.
Sie gibt zu bedenken, dass 30 % der Schüler der Klassenstufen 9 und 10 Rückkehrer aus einem Gymnasium sind, die gerade wegen der guten Unterrichtsbedingungen sich für die Weidenplanschule entschieden haben.
Auch die Weidenplanschule ist mit der Straßenbahn gut zu erreichen, sodass aus ihrer Sicht die Schulwege nicht so viel ausmachen.

Herr Maneska, Elternvertreter der Grundschule Auenschule, verweist auf die an das ZGM und die Stadt gerichteten Schreiben zum Bauzustand des Schulobjektes und die sich daraus ergebenden Gefahren. Er fordert im Rahmen der Unterhaltsverpflichtungen der Stadt für das Gebäude die Schadensbeseitigung. Der neu gegründete Förderverein zeigt an, dass er bereit wäre an der Reparatur der Heizung sich finanziell zu beteiligen.
Er bitte die Stadträte die Schülerzahlentwicklung (2 Klassen in Klassenstufe 1) zu berücksichtigen.

Herr Dr. Heinrich bezweifelt an Hand von Presseveröffentlichungen, nach denen im KITA-Bereich auf Grund erhöhter Zahlen zusätzliches Personal eingestellt werden soll, die Richtigkeit der Schließung weiterer Schulstandorte an.
Die Stadtverwaltung schiebt dem Land den schwarzen Peter zu, indem auf die Einhaltung von Schulgrößen verwiesen wird. Dies ist aber nicht so!
Das durch Schulschließungen entstehende Einsparungspotential ist viel zu gering.
Dagegen stehen wesentlich höhere Ausgaben für Prestigeobjekte der Stadt.

Insbesondere im Kulturbereich wird unwirtschaftlich agiert.

Herr Dr. Marquardt bittet darum, nicht in Polemik zu verfallen.

Die Vorhaltung von Schulen zählt zu den Pflichtaufgaben der Stadt und er bittet weiter im Bildungsausschuss nicht die Schulen gegen die Kultur auszuspielen.

Die angespannte HH-Situation der Stadt wird immer mehr zu einem entscheidenden Kriterium für alle Bereiche.

Frau Wolff stimmt Herrn Dr. Marquardt grundsätzlich zu.

Gerade am Beispiel Wittekind/Weidenplan wird deutlich, wie das Landesverwaltungsamt die Stadt zu einer politischen Entscheidung zwingt.

Sieht aber auf Grund fehlender Ampeln die Sicherheit der Schulwege zum Standort Weidenplan als nicht gegeben an.

Herr Trömel verweist auf die mittelfristige Schulentwicklungsplanung und sieht mit dem Beschluss zu PPP eine langfristige Schulentwicklungsplanung bereits bestätigt.

Er ist der Auffassung, dass derjenige, der PPP beschlossen hat, sich die Entscheidung für eine weitere Schulentwicklungsplanung genommen hat.

Er sieht ebenfalls die Schulwege nach wie vor nicht als sicher an und fordert auf sich vorher über die Konsequenzen von Entscheidungen klar zu werden.

Herr Bauersfeld sieht in dem Vorgehen der Verwaltung immer wieder den Versuch Sachzwänge zu schaffen, damit der Stadtrat nur noch nicken kann.

Der Stadtrat kommt nicht dazu politische Entscheidungen zu treffen, da Informationen vorenthalten werden.

Herr Dr. Marquardt erklärt, dass sich die Verwaltung keineswegs hinter Sachzwängen versteckt. Vielmehr ist die Fördermittelsituation bezüglich des Standortes Weidenplan so. Die Verwaltung hat den Bildungsausschuss nur darüber in Kenntnis gesetzt .

Mit der Vorlage eines Beschlusentwurfes hat sich die Verwaltung zu einer Variante bekannt. Die Bildungsausschuss muss seinerseits eine Entscheidung treffen. Er bittet sich nicht gegenseitig Demagogie vorzuwerfen.

Herr Lange bestätigt am Fall Wittekind/Weidenplan die Umsetzung von Landeswillen/Landespolitik.

Er sieht aber für einige Probleme noch Klärungsbedarf, wie

- Warum Vorzug Wittekind?
- Verkehrskonzept in Verbindung mit Fusion; Fußgängerüberweg Universitätsring
- Detaillierte Betriebskostenaufschlüsselung
- Aufschlüsselung der Einsparungen durch Schulschließungen in den letzten Jahren
- Situation Auenschule – neben Bauzustand hat sich aber auch Verkehrssituation nicht verändert.
- Fusion Auenschule mit Huttenschule ist nicht Bestandteil PPP
Warum Zwischenlösung in Rosengarten und nicht erst nach PPP Fusion

Herr Dr. Schmidt merkt an, dass bisher Schulen der Stadt immer geschlossen wurden, um einer Entscheidung des Landes zuvor zu kommen.

Nicht anders ist jetzt die Situation zwischen Wittekind und Weidenplan.

Die Stadt und BA haben in den zurück liegenden Jahren mehrfach versucht durch Kontakte zum Kultusministerium Unterstützung für Lösungen zu erhalten.

Wir (der BA) können auch jetzt den Kultusminister einladen, das Ergebnis steht aber vorher fest: „Es wird für Halle keine Ausnahme geben“.

Auch der Bauzustand spielt in diesem Jahr eine Rolle. ggf, beschließt der Stadtrat den Fortbestand der Auenschule, aber nicht wo das Geld für eine Sanierung herkommen soll. Dann regelt sich aber das Problem über die Bauaufsicht.

Zum PPP sieht er im Gegensatz zu Herrn Trömel nicht, dass eine Entscheidung aus der Hand gegeben wurde. Vielmehr verweist er auf die Haushaltssituation, nach der im Vermögenshaushalt kein Geld für Schulen eingeplant ist. Wenn nicht über PPP saniert wird, dann geschieht bis 2018 außer notwendigen Reparaturen in den Schulen gar nichts mehr. Wenn keine weitere Runde PPP für Schulen kommt sieht er das Aus u. a. für solche Standorte wie Büschdorf, Auenschule und Dölau.

Frau Wolff äußert zu einer evtl. Rückforderung von Fördermitteln durch das Landesverwaltungsamt rechtmäßige Bedenken. Die Stadt sollte ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen um dies zu verhindern.

Frau Dr. Bergner erklärt, dass Verwaltung und BA sich informieren werden, ob die Forderung bezüglich der Fördermittel aufrecht erhalten werden kann. Zur GS Auenschule merkt sie an, dass die Aufnahme des Standortes in PPP vom Stadtrat abgelehnt wurde. Weiter wurde aber ein Prüfauftrag vom März 2006 bezüglich eines Ersatzneubaus durch die Verwaltung bisher nicht bearbeitet. Sie rügt weiter, dass die Verwaltung eine Festlegung des BA zum Erhalt zweier Standorte in diesem Bereich ignoriert.

Herr Lange sieht PPP als die Finanzierung von Investitionen. Falscher positiver Eindruck von PPP – PPP nichts anderes als die Aufnahme von Schulden, die über 25 Jahre abzuzahlen sind.

Er fragt weiterhin nach, wo das Geld für die Sanierung der Turnhalle Reideburg herkam und ob die Betreuung Wittekind/Weidenplan bei Fusionierung an beiden Standorten erfolgen kann.

Herr Bauersfeld bittet um eine Einzelaufstellung der Miet- und Bewirtschaftungskosten der Schulobjekte der Beschlussvorlage.

Er vertritt die Auffassung, dass mit PPP kein Geld gezaubert werden kann. Bei einer weiteren Ausdehnung auf Schulen bedeutet das für ihn, dass die Stadt die Schulen nicht betreiben kann.

Frägt weiterhin an, ob mit PPP bei GS Hutten ein neues Hortgebäude entstehen soll.

Herr Hildebrand antwortet auf die aufgeworfenen Fragen:

1. Planung Auenschule
Grundlage belastbare Zahlen auf deren Grundlage ein Planungsauftrag erteilt wird.
Vorläufige Haushaltsführung der Stadt, damit nach HH-Gesetzgebung Mittelfreigabe nur für unabwiesbare Projekte
Bei Auenschule Unabwiesbarkeit nicht gegeben. Im Objekt Rosengarten sind Mindestanforderungen zur Beschulung gegeben.
2. Die Sicherheit der Schulwege der Sekundarschule Weidenplan war bisher kein Thema
3. Geld für Turnhalle und Schule Reideburg aus Zurückstellungen des Jahres 2005 – 178.278,45 Euro für Turnhalle und 70.907,61 Euro für Schule.
4. Zwei Standorte bei Fusion Wittekind/Weidenplan nicht möglich. Jeder Standort hat ausreichend Kapazität um an einem Standort zu beschulen. Außenstellenregelung greift nur bei nicht ausreichendem Raumangebot.
5. Bewirtschaftungszahlen von ZGM sind machbar, sind aber nicht Bestandteil der Beratung zur Schulentwicklungsplanung
6. Die Maßnahmen Schulentwicklungsplanung sowie PPP sind mit der Hortplanung abgestimmt.

Herr Kneissl gibt zu bedenken, dass bei einer Fusion am Standort Weidenplan der Trend zur Konzentration von Schulen im Innenstadtbereich fortgesetzt wird. Eltern/Schüler aus Randbereichen wollen das nicht. Effekt ist, dass diese Schüler nicht in der Sekundarschule ankommen.

Frau Dr. Bergner schließt die Diskussion zu diesem TOP ab und bittet zusammenfassend die Verwaltung um folgende Aussagen/Unterlagen zur nächsten Beratung:

1. Klärung Fördermittelbescheid
2. vorhandener Stadtplan zur besseren Verständigung zu den Standorten
3. Fortgang des Prüfauftrages Auenschule

Herr Lange ergänzt:

4. Zahlen der Bewirtschaftung
5. Karte mit Schulbezirken

Frau Wolff ergänzt zum Punkt 1 die Vorlage einer juristischen Prüfung.

Frau Dr. Bergner stellt die Abhaltung einer Klausurberatung zur Schulentwicklungsplanung zur Abstimmung.

Nach Diskussion zum Termin, stimmt der BA über eine Klausurberatung am 09.12.2006 um 10:00 Uhr ab.

Beschluss: **Einstimmig angenommen**

zu 6 Anträge

—

zu 7 Anfragen

Herr Bauersfeld möchte wissen, wie hoch in den letzten 4 Jahren die Ausgaben für die von PPP betroffenen Schulen waren und wie hoch die Ausgaben bis 2012 werden.

Frau Dr. Bergner nimmt Bezug auf eine Beschwerde des Stadtschülerrates und fragt nach wegen des wiederholten Fehlens im Bildungsausschuss.

Herr Hildebrand antwortet, dass die Vertreterin des Stadtschülerrates als sachkundiger Einwohner wie alle anderen Mitglieder des Bildungsausschusses eingeladen wird.

Eine Rückinformation zum Fehlen liegt nicht vor.

Darüber hinaus wurde der Stadtschülerrat darauf hingewiesen, dass die Beratungen des Bildungsausschusses öffentlich sind und weitere Mitglieder des Stadtschülerrates als Gäste an diesen Beratungen teilnehmen können. Es war aber in den letzten Sitzungen nicht ersichtlich, dass dies wahrgenommen wurde.

Herr Lange fragt nach der Position des Fachbereiches 40 zur Aussage der Verwaltung im Integrierten Stadtentwicklungskonzept, dass es im Süden der Stadt kein Gymnasium mehr geben soll.

Herr Hildebrand bittet dazu im Rahmen der weiteren Diskussion zur Schulentwicklungsplanung zu diskutieren.

zu 8 Anregungen

—

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Mitteilung zur Beschlussvorlage zu PPP - Maßnahmen Schulen

nicht öffentlicher Teil

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende